

Wertheimer, Robert G.

**Article — Digitized Version**

## Wie stark belasten die Verteidigungsausgaben die amerikanische Wirtschaft?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wertheimer, Robert G. (1957) : Wie stark belasten die Verteidigungsausgaben die amerikanische Wirtschaft?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 5, pp. 259-265

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132469>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Wie stark belasten die Verteidigungsausgaben die amerikanische Wirtschaft?

Dr. Robert C. Wertheimer, Cambridge/Mass.

Die Botschaft des Präsidenten über den Staatshaushalt für 1957/58, der im Juli dieses Jahres anläuft, hat mehr Fragen aufgeworfen als irgend ein anderes Budget in den letzten Jahren. Die Staatsausgaben werden in diesem Jahr 72 Mrd. \$ betragen und damit um 3 Mrd. \$ höher sein als im Haushaltsjahr 1956/57. Von diesem erhöhten Gesamtbetrag entfallen wiederum drei Fünftel auf Ausgaben für die nationale Sicherheit. Das Steueraufkommen wird nach den Vorausschätzungen ohne Änderungen in der Steuerstruktur oder in den Steuersätzen die notwendige Mehreinnahme von 3 Mrd. \$ erbringen. Im großen gesehen bedeutet die Steuerforderung für die amerikanische Volkswirtschaft, die ein Bruttosozialprodukt von 430 Mrd. \$ hervorbringen wird, von dem nach Abzug der Steuern 300 Mrd. \$ in privater Hand bleiben werden, keine übermäßige Last. Nichtsdestoweniger wird die Erhöhung der Staatsausgaben in der gegenwärtigen Periode steigender Preise, gegen die man schon mit einer (zwar noch zurückhaltenden) Politik des teuren Geldes vorzugehen gezwungen ist, von vielen als unerwünscht bezeichnet. Die Kostenfrage und die Ausgabenpolitik der Verteidigungswirtschaft, die Steuerlast und die Auswirkungen der Verteidigungsausgaben auf die amerikanische Wirtschaft sollen hier im einzelnen untersucht werden.

## DIE KOSTEN DER LANDESVERTEIDIGUNG

Die Bundesregierung verwaltet etwa 70 % der gesamten öffentlichen Mittel und stellt den größten Einzelfaktor in der Volkswirtschaft dar. Die Ausgaben außerhalb des Verteidigungsbudgets setzen sich in der Hauptsache zusammen aus Kriegsfolgelasten, die gemeinsam mit den Leistungen an Kriegsheimkehrer 7 % des Budgets ausmachen, und aus dem Zinsendienst für die Staatsschuld, der weitere 10 % des Budgets ausmacht. Ein merklicher Rückgang in diesen Posten ist nicht zu erwarten, da jeder mögliche Rückgang in den Ausgaben für die Kriegsheimkehrer durch die dauernd steigende Zinsenlast auf Grund der Staatsschuld überkompensiert wird. Das sehr teure landwirtschaftliche Hilfsprogramm erfordert weitere 7 %, so daß für Verteidigung und alle anderen laufenden Ausgaben für die Bundesbehörden etwa drei Viertel der gesamten Steuereinnahmen übrigbleiben. Das gegenwärtige Verteidigungssystem erfordert 43 Mrd. \$ (darunter Militärhilfe an Alliierte: 6,4 %) für Personal, laufende Kosten, Wartung, Beschaffung und Produktion von Waffen. Die Wirtschaftshilfe an das Ausland wird etwa 2 Mrd. \$ erfordern.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Die Bedeutung der Auslandshilfe wurde von der Presidential Commission of Citizen Advisers unter ihrem Vorsitzenden Benjamin Fairless von der U. S. Steel Corporation unterstrichen. Ebenso betonte der International Development Advisory Board unter Eric Johnston, daß es außerordentlich wichtig sei, die Auslandshilfe für „eine sehr lange Zeit“ zur Verfügung zu stellen. Siehe: „Focus on Aid“, New York Times, Section IV, 10. 3. 1957, S. 2.

Das Verteidigungsbudget zeigt die Anstrengungen auf, die unser Land für die Sicherheit und den Frieden der freien Welt unternimmt, die nach wie vor einem stark gerüsteten, imperialistischen und diktatorischen System gegenübersteht.<sup>2)</sup>

Die Grundlage der amerikanischen Verteidigungspolitik ist nach wie vor, die Modernisierung und Stärkung der militärischen Einrichtungen auf einem solchen Stand zu halten, daß sofortige erfolgreiche Vergeltung im Falle eines Angriffes möglich ist. Die Sicherheit Amerikas beruht nicht so sehr darauf, daß ein großes Industriepotential zur Verfügung steht, sondern auf einer jederzeit einsatzbereiten Streitmacht, von der man hofft, daß sie jeden möglichen Angreifer entmutigen wird.

Im Vergleich zur gesamten amerikanischen Volkswirtschaft nimmt sich das umfangreiche Verteidigungsbudget nicht besonders groß aus. Zum Beispiel macht das Militärpersonal, 2,8 Millionen Mann, nicht mehr als 4 % der produktiv beschäftigten Bevölkerung aus. Die jährliche Soldliste von 10,5 Mrd. \$ — gleichmäßig auf Heer, Marine und Luftwaffe verteilt — umfaßt ebenfalls etwa 4 % der gesamten in den USA gezahlten Löhne und Gehälter. Beschaffung und Produktion von Flugzeugen, Schiffen, Raketenwaffen und anderen Ausrüstungen erfordern einen Aufwand von 14,5 Mrd. \$, was ebenfalls einen Anteil von 4 % an der gesamten industriellen Produktion der USA darstellt. Im Produktionssektor für dauerhafte Güter beträgt dieser Anteil 7 %. Der Betrieb und die Instandhaltung von Ausrüstungen kosten weitere 8,7 Mrd. \$. Die typischen Investitionsausgaben — wie etwa für militärische Versorgungsbetriebe und andere der Öffentlichkeit nützliche militärische Anlagen sowie einige der Ausgabenposten für Atomenergie — erfordern 3 Mrd. \$ oder weniger als 5 % der jährlichen Investitionen in den USA. Nur auf den Gebieten der Forschung und Entwicklung ist der Anteil der Aufwendungen aus dem Verteidigungshaushalt wesentlich höher als bei anderen Posten: 1,6 Mrd. von insgesamt 6 Mrd. \$. Selbst wenn wir den kumulativen Effekt einiger Verteidigungsausgaben in bezug auf die Inanspruchnahme von Arbeitskräften, Produktionsfaktoren und natürlichen Hilfsmitteln in Rechnung stellen, können wir annehmen, daß nicht mehr als 12 % der Produktionskraft der USA im Augenblick durch die Verteidigungsanstrengungen in Anspruch genommen werden.

Zusammen erfordern die Produktion neuer Waffen, die Einsatzbereitschaft und die Instandhaltung der vorhandenen Waffen, die Atomforschung und die

<sup>2)</sup> Siehe Dwight D. Eisenhower: „The State of the Union“, Address delivered before a Joint Session of Congress, January 10, 1957.

übrigen Forschungszweige sowie Versorgungsbetriebe und andere der Öffentlichkeit nützliche Anlagen eine jährliche Gesamtausgabe von 27,8 Mrd. \$ für militärische „dauerhafte Güter“. Die gesamten Verteidigungsausgaben erhält man, wenn man zu diesem Betrag noch die Personalkosten, das militärische Hilfsprogramm an Alliierte, die Kosten der Bevorratung und die laufenden Ausgaben für Atomforschung hinzüft. Während die Erhöhung dieses Postens zu einem bestimmten Teil auf die Rationalisierung und Modernisierung unserer Landesverteidigung zurückzuführen ist, ist sie zum Teil auch eine Folge der Höhe der sowjetischen Rüstungsanstrengungen, soweit diese bekannt sind. Der laufende Verteidigungshaushalt der Sowjetrussen beläuft sich auf 100 Mrd. Rubel; das entspricht, wenn man den offiziellen Umrechnungskurs zugrundelegt etwa unseren Ausgaben allein für militärische dauerhafte Güter. <sup>3)</sup> Es gibt wenig Informationen darüber, wieviel ein Rubel im Verhältnis zu militärischen Ausrüstungen wert ist. Aber man kann als sicher annehmen, daß der Rubel, der bekanntlich im Verhältnis zu allen Konsumwaren ganz erheblich überbewertet ist, für militärische Güter entsprechend unterbewertet wird. Das würde bedeuten, daß die Produktion von Kriegsmaterial — mengenmäßig gesprochen — in der Sowjetunion nicht wesentlich geringer ist als bei uns. Die Herabsetzung der Expansionsrate der Schwerindustrie, die in der Sowjetunion kürzlich beschlossen wurde, ist offiziell durch den Zugang an Ausgaben im sozialen und kulturellen Sektor als ausgeglichen erklärt worden. Dieser Sektor enthält jedoch die Ausgaben für militärische Forschungsarbeit. Einige Experten erklären diese Entwicklung als den Versuch, die Verteidigungsausgaben auf gleicher Höhe zu halten, aber nicht mehr so sehr auf Kosten des Konsums, der Landwirtschaft und des Wohnungsbaus, sondern auf Kosten der Schwerindustrie. Dennoch ist ein Anschluß der übrigen Sektoren an die Schwerindustrie noch keineswegs erreicht. <sup>4)</sup>

Während die Alliierten und Satelliten der Sowjetunion deren militärisches Potential vergrößern, dürfen wir auch die Verteidigungsausgaben der NATO-Länder außerhalb der USA und Kanadas nicht übersehen. In Dollars ausgedrückt, machen sie etwa 30 % der Verteidigungsanstrengungen der USA aus. <sup>5)</sup> Wenn man bedenkt, was auf dem Spiele steht, müssen die finanziellen Opfer für die Verteidigung der freien Völker als sehr geringfügig bezeichnet werden. Wenn man den Begriff der „Leistungsfähigkeit“ verwendet und sich überlegt, wie hohe Verteidigungslasten die einzelnen Völker zu tragen imstande sind, dann ist festzustellen, daß die USA von ihrem wesentlich größeren Bruttosozialprodukt viel leichter 10 % für die Verteidigung aufbringen können als andere Völker.

<sup>3)</sup> Siehe Tom Lambert: „Soviet Military Budget Cut Called Illusion by Analysts“, New York Herald Tribune, 9. 2. 1957, S. 4.

<sup>4)</sup> Siehe Edwin L. Dale, jr.: „US Experts Note Soviet Slow Down.“ New York Times, 9. 2. 1957.

<sup>5)</sup> Es handelt sich um eine Gesamtsumme von 12,7 Mrd. \$ (1956), wenn man den offiziellen Wechselkurs zugrunde legt. Deutschland z. B. ist mit 7 Mrd. DM für Verteidigungsausgaben belastet. Siehe: NATO Letter, North Atlantic Treaty Organization, Vol. 5, No. 1, Januar 1957.

Die Sowjetführer bestehen ihrerseits darauf, nach wie vor ein volles Viertel ihres Sozialproduktes für militärische Zwecke zu verwenden. <sup>6)</sup>

KUNFTIGE ENTWICKLUNG DER VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN  
Der große Verteidigungshaushalt des bevorstehenden Finanzjahres muß als ein Übergangshaushalt betrachtet werden, mit dessen hohen Ausgaben die Verlagerung des Schwerpunktes der Verteidigung auf Luftabwehr und Fernlenkwaffen durchgeführt werden soll. Man kann also annehmen, daß die Verteidigungsausgaben sinken werden, wenn die Phase der Umstellung durchlaufen ist, falls dann nicht inzwischen eine wesentliche Verschlechterung der weltpolitischen Lage eingetreten sein sollte. Beweglichkeit und Schlagkraft der taktischen Luftflotte ist das eine Ziel der Modernisierung, das andere Ziel ist der Einbau von Raketenwaffen in das Luftverteidigungssystem. Die Ausgaben für Raketen werden nach den Erwartungen die gleiche Höhe erreichen wie die Ausgaben für Flugzeuge, obwohl die Gesamtausgaben für diese beiden Waffengattungen auf etwa ein Drittel der Ausgaben für alle dauerhaften militärischen Ausrüstungen beschränkt bleiben werden. Trotz der größeren Betonung der allgemeinen Bereitschaft zur Abwehr eines Angriffes auf unser Land oder auf einen unserer Alliierten sowie zur sofortigen Vergeltung werden die konventionellen Waffen weiterhin eine große Rolle spielen, und zwar besonders bei der Unterstützung, die an freie Länder gewährt werden soll, die sich gegen Angriffe zur Wehr setzen müssen. Das ist auch der Grund dafür, daß das Marineprogramm zum Bau neuer Kriegsschiffe — zum Teil mit Atomtrieb — weiterläuft. Die Luftwaffe erhält weiterhin Kampfflugzeuge von höchster Geschwindigkeit und Feuerkraft, um stets auf der Höhe der Einsatzbereitschaft zu bleiben.

Die gegenwärtigen Ausgaben für die nationale Sicherheit bedeuten keine Herausforderung an die Sowjetunion, da sie in konventionellen Grenzen bleiben, besonders wenn man die enormen Kosten moderner Waffen und die Preissteigerungen der letzten Jahre (1956: 3,5 %) beachtet.

#### DIE STEUERLAST

Der amerikanische Steuerzahler trägt die schwere Last der Bundessteuern ohne Murren. <sup>7)</sup> Das steigende Volkseinkommen, die steigenden Gewinne, Löhne und Gehälter der letzten Jahre haben — bei gleichbleibenden oder leicht herabgesetzten Steuersätzen — diese Last leichter erscheinen lassen. Eine Bevölkerung, die jährlich 10 Mrd. \$ für Tabakwaren, einen gleichen Betrag für Getränke und ebenfalls für Anzeigenwerbung ausgibt, kann es sich auch leisten,

<sup>6)</sup> In keinem der Länder gehen aber die Verteidigungsausgaben auf Kosten der Investitionstätigkeit. In den USA betragen die Ausgaben für Investitionszwecke etwa ein Sechstel des Bruttosozialproduktes, für Sowjetrußland schätzt man diese Zahl auf ein Viertel. In absoluten Zahlen ergibt sich aber, daß in den USA doppelt soviel für die gesamte Bruttoinvestition aufgewendet wird wie in Rußland.

<sup>7)</sup> Natürlich wird der 72-Milliarden-Staatshaushalt als zu groß kritisiert, aber selbst der Vorschlag von 57 republikanischen Mitgliedern des Repräsentantenhauses, die Staatsausgaben einem gesetzlichen Plafond von 65 Mrd. \$ zu unterwerfen, würde den Haushalt nur um 10 % kürzen. Siehe: „Trimming the Budget“, New York Times, 10. 3. 1957, S. 1.

gleichhohe Beträge für den Wehrosold der Streitkräfte und für die Produktion von Kampfflugzeugen, Raketen und Kriegsschiffen auszugeben. Es ergibt sich jedoch aus der Struktur des amerikanischen Steuersystems, daß die direkten Einkommensteuern fast drei Fünftel des gesamten Steueraufkommens der Bundesregierung ausmachen und damit als eine starke persönliche Belastung spürbar sind. Zum Beispiel bezahlt ein Steuerzahler mit dem sehr niedrigen Einkommen von 4000 \$ pro Jahr (nach Abzug eines geringen allgemeinen Freibetrages und Inanspruchnahme gewisser persönlicher Steuerbefreiungen) 840 \$ an den Bund, das bedeutet im Durchschnitt etwa 20 % für diese Einkommensgruppe. Die Steuersätze steigen rasch an und erreichen für den Teil des Jahreseinkommens, der 6000 \$ übersteigt, 30 % und für den Teil, der 16 000 \$ übersteigt, 50 %. Das zeigt deutlich, wie schwer die Steuerlast für die unteren und mittleren Einkommensklassen ist. In den oberen Einkommensgruppen ist die Belastung noch bei weitem schwerer. Von jedem Dollar, den der Steuerzahler mehr als 60 000 \$ verdient, behält er nur 22 Cents; wenn aber sein Einkommen mehr als 100 000 \$ beträgt, dann behält er nur 11 Cents von jedem Dollar, der darüber hinausgeht. Mit einem marginalen Steuersatz von 91 % bei Einkommen über 200 000 \$ muß die Steuer als konfiskatorisch bezeichnet werden. Es gibt jedoch eine ganze Reihe Steuererleichterungen, die es dem wendigen und gut beratenen Bürger möglich machen, auf gesetzlichem Wege seine tatsächliche Steuerlast auf etwa 50 % zu beschränken, wie hoch auch sein Einkommen sein mag. Es ist wichtig festzustellen, daß hinter diesem Steuersystem nicht eine bestimmte gesellschaftspolitische Anschauung steht und daß die Vereinigten Staaten ihre Bürger nicht deshalb so stark besteuern, weil sie einen „Wohlfahrtsstaat“ errichten wollen. Die Wohlfahrtsaufgaben werden von den USA in einem Maße, das man in keinem Staat von vergleichbarem Reichtum vorfindet, der privaten Initiative überlassen. Die Einkommensteuersätze sind aber auf Grund der Erfahrungen während des Krieges, wegen der Bequemlichkeit der Beibehaltung von Steuerformen, an die die Bevölkerung gewöhnt ist und die deshalb leicht eintreibbar sind, weil sie ein ausreichendes Steueraufkommen bisher eingebracht haben und weil man annimmt, daß keine andere Steuer an ihre Stelle treten könnte, so geblieben, wie sie seit langem waren.

Die an Bedeutung zweite Steuer ist die Körperschaftsteuer, die etwa 30 % der Einnahmen des Bundes ausmacht. Obwohl die Theoretiker sich über die Wirkung dieser Steuer noch nicht einig sind, kann man wohl sagen, daß der größte Teil davon über Preiserhöhungen auf den Verbraucher abgewälzt wird. In gewissem Sinne ist diese Steuer zu einem amerikanischen Ersatz für die Umsatzsteuer geworden. Eine Umsatzsteuer zu erheben, hat man bisher auf Bundesebene vermieden, teils wegen des politischen Druckes, der gegen eine solche Maßnahme entstehen würde, teils weil man fürchtet, daß eine solche Steuer

inflationäre Folgen hat. Die deutschen Erfahrungen mit der Umsatzsteuer scheinen allerdings diese Befürchtungen nicht zu bekräftigen. Im Gegenteil, die Umsatzsteuer hat es in Deutschland ermöglicht, die Einkommensteuer in den letzten Jahren erheblich zu senken.<sup>8)</sup>

Die übrigen Steuern — es handelt sich dabei um ausgesprochene Verbrauchsteuern und andere kleinere Steuern — machen etwa ein Zehntel der Gesamteinnahmen aus. Die vielgeschmähten Zölle, die als ein Hindernis für den Import bekämpft werden, sind zu einer sehr spärlichen Einnahmequelle für die Bundesregierung geworden; sie machen jetzt nicht mehr als 1 % der Gesamteinnahmen des Bundes aus.

Was die Verteidigungskosten betrifft, so gilt das Prinzip der Haushaltseinheit, d. h. es gibt keine Sonderfonds, und alle Steuermittel können ohne Rücksicht auf ihre Quelle für jeden Bedarf herangezogen werden. Obwohl eine Einschränkung des Staatshaushalts wünschenswert erscheint, besonders um eine Senkung der Einkommensteuer zu ermöglichen, kann man nicht behaupten, daß die gegenwärtige Höhe der Steuerlast eine Gefahr für die Stabilität und Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft bedeutet. Die Politik des teuren Geldes, die augenblicklich angewendet wird, ist ebenfalls keineswegs eine Folge der hohen Staatsausgaben. Vielmehr ist es der privaten Nachfrage nach Geldern für Investitionszwecke und den Teilzahlungsverkäufen an Endverbraucher zuzuschreiben, daß der Geldmarkt leicht unausgeglichen ist. Die Verteidigungsausgaben verursachen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben für Neuinvestitionen. Ebenso unrichtig ist es, wenn man argumentiert, daß die Steuerlast die Spartätigkeit beschnitten hat und deshalb indirekt für die „Knappheit“ des für Investitionszwecke zur Verfügung stehenden Geldes verantwortlich ist. Wahr ist vielmehr, daß niemals soviel wie gegenwärtig durch Private und durch Unternehmungen gespart worden ist und daß die Ersparnisse jährlich einen bedeutenden Zuwachs aufweisen.<sup>9)</sup> Ein anderer Grund, der verbietet, die Staatsausgaben nur als einen negativen Faktor in der Wirtschaft anzusehen, ist, daß zwar die Steuern die Kaufkraft des einzelnen mindern, daß aber andererseits die Staatsausgaben einen bedeutenden Beitrag zum Strom der Einkommen in der Volkswirtschaft leisten.

Das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft macht den jährlichen Ausgleich des Bundeshaushaltes zu einer nicht sehr schwierigen Aufgabe. Das steigende Volkseinkommen hat automatisch eine Steigerung der Staatseinnahmen bedeutet und einen laufenden Haushaltsüberschuß von 3 Mrd. \$ möglich gemacht. Während das natürlich nur ein geringfügig-

<sup>8)</sup> Umsatzsteuern werden von Staaten und Gemeinden in steigendem Maße angewendet. Es besteht natürlich die Möglichkeit, daß eines Tages beide Steuerarten als drückend empfunden werden: die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer.

<sup>9)</sup> Die privaten Ersparnisse betragen etwa 20—25 Mrd. \$ jährlich. Die Aufwendungen für Abschreibungen bei Aktiengesellschaften und Privatunternehmungen betragen gegen 40 Mrd. \$ jährlich, wozu man noch einige Milliarden nichtausgeschütteter Gewinne rechnen muß.

ger Beitrag zur anti-inflationistischen Politik ist, der nicht einmal geplant war, sondern sich nur auf Grund der Lage der Dinge ergab, sind doch einige preisstabilisierende Wirkungen von diesem Budgetüberschuß ausgegangen. Die republikanische Regierung hat zwar keinen Eid darauf abgelegt, daß sie einen Haushaltsausgleich herstellen wird, aber der Präsident und seine Ratgeber haben zu verstehen gegeben, daß sie diese Politik bevorzugen, solange die Wirtschaft auf vollen Touren läuft. Das wird solange eine erwünschte Haltung sein, wie die inflationistischen Kräfte die Kaufkraft des Dollars unterhöheln und das Preisniveau nicht stabilisiert werden kann. Die Abhängigkeit des langfristigen wirtschaftlichen Wachstums von einer Erhöhung der Staatsschuld oder der privaten Kreditsumme wird zwar weder von der Verwaltung noch im Kongreß bestritten, der Zeitpunkt für einen Einsatz von geldschöpfenden Maßnahmen muß aber außerordentlich sorgfältig ausgewählt werden. In Zeiten der Vollbeschäftigung sollten die Expansionskräfte hauptsächlich nur vom privaten Sektor der Wirtschaft ausgehen.

#### DIE AUSWIRKUNGEN DER VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN AUF DIE VOLKSWIRTSCHAFT

Der amerikanische Wirtschaftsaufschwung ergibt sich aus großen privaten Ausgaben für Investition und Konsum. Die Verteidigungsausgaben der Regierung spielen weder unter den Investitionsausgaben noch unter den konsumtiven Ausgaben eine große Rolle. Die Besteuerung hat auch nicht die privaten Verbrauchsausgaben eingeschränkt, die nach wie vor einen inflationistischen Umfang haben. Der gegenwärtige Betrag von 40 Mrd. \$ aus dem Verteidigungshaushalt ist von der Wirtschaft ohne irgendwelche Gleichgewichtsstörungen oder Anpassungskrisen angenommen worden.

Es gibt natürlich gewisse Industrien, die hauptsächlich von Aufträgen der Streitkräfte leben. Die Luftfahrtindustrie erhält etwa zwei Drittel ihrer Aufträge vom Verteidigungsministerium, noch höher ist dieser Anteil bei den Produzenten von Raketen. Andererseits haben Mammut-Unternehmen wie Ford oder General Motors 1956 nicht mehr als 5% ihrer Produktion an das Verteidigungsministerium verkauft.<sup>10)</sup> Die gewaltige Wirtschaftskraft der USA macht es möglich, die Verteidigungsaufträge ohne Einschränkung der übrigen Wirtschaftstätigkeit oder Bewirtschaftung etwaiger knapper Arbeitskräfte oder anderer Produktionsfaktoren zu absorbieren. Die ungewöhnlich hohe Steigerung der Produktionsausrüstung unserer Wirtschaft im letzten Jahrzehnt, die 60% der Kapazität von 1947 ausmacht, erlaubt ohne Schwierigkeiten eine ausreichende Produktion für den Konsum, für Investitionen und für den Staatsbedarf. Daher muß man die Angriffe, die kürzlich mit der

<sup>10)</sup> Der Gesamtumsatz von General Motors betrug 1956 z. B. 10,8 Mrd. wovon 550 Mill. auf Verteidigungsrechnung gingen. In Arbeitskräften ausgedrückt bedeutet das, daß nicht mehr als 30 000 von den 600 000 Arbeitern und Angestellten dieser Firma für Verteidigungsaufträge arbeiteten. Die ausgeschütteten Gewinne betragen 7,8% des Umsatzes, und waren damit nicht höher als die Gewinne von anderen Gesellschaften, die überhaupt nicht am Verteidigungsprogramm beteiligt sind.

Behauptung verbunden wurden, die Regierungsausgaben seien die Ursache für die Preissteigerungen und für die Bedrohung der Stabilität, als unbegründet zurückweisen.<sup>11)</sup>

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, zu einem wie hohen Maße die amerikanische Wirtschaft mit den verschiedensten Aufgaben fertig werden kann, weil sie anpassungsfähig und flexibel genug ist. Die plötzliche Herabsetzung der Verteidigungsausgaben von 100 Mrd. \$ jährlich auf weniger als 20 Mrd., die im Jahre 1945 erfolgte, hat keineswegs die Massenarbeitslosigkeit und Unfähigkeit der Privatwirtschaft, das Heft in die Hand zu nehmen, verursacht, die in düsteren Prophezeihungen vorausgesagt worden war. Im Gegenteil, die großen Ersparnisse, der Nachholbedarf und die schnelle Umstellung der Industrie auf Friedensproduktion, die vom amerikanischen Unternehmertum ohne Schwierigkeiten durchgeführt wurde, erzeugten ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht: Die privaten Ausgaben stiegen um ebensoviel, wie die Staatsausgaben zurückgingen.

Dasselbe ergab sich, als nach dem Ausbruch des Korea-Krieges die Verteidigungsausgaben jährlich durchschnittlich um 10 Mrd. \$ erhöht wurden; die Kapazität der Wirtschaft wurde sofort um die nötige Produktionsleistung für die Streitkräfte erhöht. Wenn in der Folge die internationale Lage es erlauben sollte, die Verteidigungsausgaben zu kürzen, selbst wenn es sich um eine plötzliche Kürzung um 20 Mrd. oder 50% des Gesamtbetrages handelte, so würde wenig mehr Unruhe in der Wirtschaft entstehen als einige geringfügige Anpassungsschwierigkeiten in denjenigen Industrien, die hauptsächlich für die Streitkräfte arbeiten.<sup>12)</sup> Da die Verteidigungsausgaben gut in die amerikanische Wirtschaft eingebaut worden sind, kann ihr Beitrag als Anreiz zu privaten Investitionen nicht einfach abgeschätzt werden, indem man diejenigen Industrien zusammenzählt, die direkt für das Verteidigungsministerium produzieren. Besondere Posten im Verteidigungsprogramm, wie etwa die Produktion von Raketen, werden kaum eine Überkapazität zur Folge haben, wenn die Verteidigungsausgaben eingeschränkt werden sollten. Zu einem großen Teil stellt der Staat selbst für diese Produktion die Anlagen, Ausrüstungen und Rohmaterialien zur Verfügung, die vom letzten Krieg noch vorhanden sind oder allmählich angeschafft und erneuert wurden.<sup>13)</sup> Die Unternehmer führen deshalb einen großen Teil

<sup>11)</sup> Der Finanzminister George M. Humphrey hat vor kurzem, unterstützt vom ehemaligen Präsidenten Hoover, behauptet, daß „die Verteidigungsausgaben der Wirtschaft zuviel Geld entziehen, das benötigt wird, um Arbeitsplätze für die Zukunft zu erstellen“. Die darin enthaltene Behauptung, daß Steuern die privaten Investitionsausgaben schmälern, wird durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt. Andererseits kann man sogar sagen, daß die Sparpolitik unter Präsident Hoover und in der ersten Zeit der Roosevelt-Verwaltung die Depression nach 1930 gefördert hat.

<sup>12)</sup> Diese Ansicht war das Ergebnis der Untersuchungen des Senats-Unterausschusses für Abrüstungsfragen, vor dem der Vorsitzende des Federal Reserve Board und verschiedene Wirtschaftssachverständige aussagten. Dennoch wurde eine sorgfältig geplante Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der privaten Industrie für notwendig gehalten, um die Produktion und den Verbrauch des zivilen Sektors zu erhöhen.

<sup>13)</sup> Die im Staatseigentum befindlichen Werkzeugmaschinen, die in der Flugzeugindustrie verwendet werden, haben 1,5 Mrd. \$ gekostet.

der Aufträge ohne Erweiterung ihrer Produktionskapazität durch und stellen nur ihre Forschungsabteilungen, Führungskräfte und Arbeiter zur Verfügung, wofür sie zu üblichen Preisen bezahlt werden.

Immer wenn es sich bisher darum gehandelt hat, die industrielle Basis der Volkswirtschaft zu verbreitern, um direkt oder indirekt den Bedarf der gesamten Nation zu decken — und das nicht nur in bezug auf Verteidigungspläne —, hat es sich gezeigt, daß die private Wirtschaft in der Lage war, die notwendigen Kapazitätserweiterungen vorzunehmen. Man denke dabei besonders an Schlüsselindustrien wie die Eisen- und Stahlindustrie, den Bergbau, die Stromerzeugung usw. Die Expansion auf privater Grundlage wurde gefördert durch das Steuergesetz von 1950, das beschleunigte Abschreibungen in fünf Jahren erlaubte. In der Regel wurden Dringlichkeitsbescheinigungen für drei Fünftel der Investitionen ausgestellt, die direkt der Verteidigung dienen. Auf diese Art wurden Investitionen in Höhe von 22 Mrd. \$ steuerlich bevorzugt, woraus sich ergibt, daß schon im ersten Jahr der Einführung dieser Maßnahme Sonderabschreibungen in Höhe von 3 Mrd. \$ möglich wurden.<sup>14)</sup>

Mit anderen Worten: Die private Investitionstätigkeit für Verteidigungszwecke und für Zwecke, die mit der Verteidigung zusammenhängen, kann auf 33 Mrd. \$ geschätzt werden (wovon zwei Drittel oder 22 Mrd. \$ steuerbegünstigt wurden). Diese Summe macht 16,5 % der gesamten privaten Bruttoinvestition in Anlagewerten aus, die sich in den Jahren 1950 bis 1956 auf 200 Mrd. \$ belief. Die Aktiengesellschaften gaben 80 % dieser Gesamtsumme aus und brachten sie zum größten Teil auf dem Wege der Selbstfinanzierung auf. Die Ausweitung der mit der Verteidigung in Zusammenhang stehenden Produktionskapazität stimmt aber überein mit dem langfristigen Bedarf der amerikanischen Wirtschaft, der in den letzten Jahren die traditionelle Wachstumsrate von 2,5 % jährlich überschritten hat. Die Kapazität der Stahlherzeugung wurde von 94 Mill. t im Jahre 1947 auf 133 Mill. t gegenwärtig erhöht.<sup>15)</sup> Gleichzeitig erhöhte sich die Ausnutzung dieser Kapazität von 94 % auf 100 %. Im gleichen Zeitraum stieg die Produktion nicht nur von Investitionsgütern, sondern auch von Halbwaren und dauerhaften Verbrauchsgütern im Durchschnitt um 40 %.<sup>16)</sup> Diese Entwicklungstendenzen zeigen deutlich, daß der regelmäßig steigende Umfang der privaten Verbrauchs- und Investitionsausgaben nur in geringem Maß von den Verteidigungsausgaben oder den Exporten stimuliert wird, sondern daß er die Folge des allgemeinen auf privater Basis organisierten Wirtschaftswachstums ist.

<sup>14)</sup> Der letztgenannte Betrag entspricht 8 % der gesamten gegenwärtigen jährlichen Abschreibungen (die sich auf 37 Mrd. \$ belaufen). Im Augenblick ist es schwer, von den Behörden die Genehmigung für beschleunigte Abschreibungen zu erhalten.

<sup>15)</sup> Trotz dieses Zuwachses erwartet man, daß die Stahlproduktion in den nächsten 25 Jahren sich noch einmal verdoppeln wird. Siehe: „Nuclear Demands Seen Doubling Steel Output“, New York Herald Tribune, Section II, 16. 3. 1957, S. 2.

<sup>16)</sup> Im einzelnen: Metall um 36 %, Maschinen um 64 %, Papier und Druckerzeugnisse um 43 %, dauerhafte Konsumgüter um 37 %. Siehe: Economic Indicators, 85th Congress, 1st Session, US Government, Januar 1957.

#### SCHLUSSFOLGERUNGEN

Im gegenwärtigen Zeitpunkt haben die Verteidigungsausgaben der USA im Zuge des kalten Krieges einen gleichbleibenden Stand erreicht. Die Verteidigungsausgaben können als unseren Bedürfnissen und den Bedürfnissen unserer Freunde angemessen betrachtet werden.<sup>17)</sup> Änderungen in der Verwendung der Mittel lassen die Modernisierung der mobilen Streitkräfte erkennen und lassen erwarten, daß eine Kürzung der Ausgaben möglich sein wird, wenn die Umstellung durchgeführt ist. Die Verteidigungsanstrengungen erfordern augenblicklich drei Fünftel des gesamten Staatshaushaltes, woraus sich aber trotz dessen dauernder Vergrößerung keine Steuererhöhungen ergeben haben. Die wachsende amerikanische Volkswirtschaft erbringt ein schnell wachsendes Steueraufkommen, wodurch es möglich wurde, seit 1955 einen Haushaltsüberschuß von einigen Milliarden pro Jahr zu erreichen.<sup>18)</sup> Während die Aussichten auf eine allgemeine Steuersenkung nach wie vor sehr gering sind, sollte der anti-inflationäre Effekt des Haushaltsüberschusses nicht unterschätzt werden. Trotz des großen Umfanges des Staatshaushaltes hat die Steuerbelastung der Wirtschaft, gemessen als Prozentsatz des Bruttosozialproduktes, seit 1952 abgenommen.<sup>19)</sup> Noch eindrucksvoller ist der Vergleich des amerikanischen Staatshaushaltes mit dem Wachstum der amerikanischen Wirtschaft. Während die gesamten Staatsausgaben, hauptsächlich wegen des Verteidigungsbedarfs, von 40 Mrd. \$ im Jahre 1947 auf gegenwärtig 70 Mrd. \$ angestiegen sind, ist das Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum von 230 Mrd. auf 412 Mrd. \$ angewachsen. Mit anderen Worten: Der Zuwachs des Sozialproduktes in Höhe von 180 Mrd. \$ ist sechsmal so groß wie der Anstieg der Steuerlast.<sup>20)</sup> Die gegenwärtige Welle der Kritik an der Höhe der Staatsausgaben könnte eine Kürzung des Budgets um bestenfalls 3—4 Mrd. \$ pro Jahr verursachen. Selbst in diesem Fall wird aber der Bundesstaatshaushalt der größte Einzelfaktor im amerikanischen Wirtschaftsgefüge bleiben. Die Aufwendungen für die Verteidigung sind von der amerikanischen Wirtschaft ohne Schwierigkeiten absorbiert worden: Es haben sich weder Rohstoffknappheiten noch Produktionsengpässe ergeben, noch ist irgendwo die Gefahr der Erstellung einer Überkapazität aufgetreten. Durch die Förderung von Investitionen in den Grundindustrien und der Stromerzeugung ist das Rückgrat der amerikanischen Industrie bedeutend gestärkt worden. Davon hängt das fortlaufende Wachstum von 3 % oder mehr ab. Man hat

<sup>17)</sup> Die Verteidigungsausgaben sind z. B. doppelt so hoch wie die gesamten Exporte der USA. In Westdeutschland machen die Verteidigungsausgaben ein Drittel des Exportwertes aus.

<sup>18)</sup> Der Überschuß im zusammengefaßten Budget belief sich im Finanzjahr 1956/57 auf über 5 Mrd. \$, und man erwartet für die Finanzjahre 1957/58 und 1958/59 einen Überschuß von je 3 Mrd. \$.

<sup>19)</sup> 16,7 % gegen 18,1 %. Übrigens betragen die Staatsausgaben etwa ein Sechstel des Bruttosozialproduktes von 1947, damals bei sehr geringen Verteidigungsausgaben. Dieser Anteil ist der gleiche wie der, den man für 1958 erwartet.

<sup>20)</sup> Auch wenn man die Preisänderungen ausschaltet, beträgt dieser Zuwachs noch 150 Mrd. \$. — Man kann natürlich nicht behaupten, daß die Vergrößerung der Staatsausgaben die Ursache des sechsmal größeren Anstiegs des Bruttosozialproduktes war.

vorgebracht, daß die schwere Steuerlast den „wirtschaftlichen Fortschritt behindert“, weil sie das sonst vorhandene Risiko- und Investitionskapital wegsteuert. Soweit der Fortschritt aber statistisch meßbar ist, ist dazu zu bemerken, daß sein Ausmaß niemals größer war als in der letzten Dekade. Produktionshöhe, Produktionskapazität, Verbrauchs- und Investitionsausgaben, der Wohnbau und die allgemeine Bautätigkeit haben niemals schneller zugenommen. Löhne, Gehälter und andere Einkommen steigen in ihrem realen Wert ebenfalls, und die Bruttoprofite der Aktiengesellschaften machen nach wie vor über 10 % des wachsenden Bruttosozialproduktes aus.<sup>21)</sup> In dieser selben Zeit haben die Ersparnisse der Wirtschaft und der Privaten die größte je verzeichnete Höhe erreicht. Die privaten Ersparnisse machen dabei weiterhin 8 % des persönlich verfügbaren Einkommens aus.

Kann man angesichts dieses befriedigenden Gesamtbildes einer stabilen und doch wachsenden Wirtschaft behaupten, die Staatsausgaben seien ganz allgemein nicht nur als ein „Muß“ anzusehen, sondern auch als ein konjunkturpolitisch erwünschter Faktor? Sind große Budgets und hohe Steuern nicht schädlich für das Wohl des einzelnen ebenso wie für die Volkswirtschaft als Ganzes? Die Antwort hängt von den näheren Umständen und von der konjunkturellen Situation ab, in der sich die betreffende Wirtschaft befindet. Solange das Publikum willig ist zu sparen und solange die Wirtschaft von diesen Ersparnissen des Publikums und ihren eigenen größeren Ersparnissen sowie von den durch die Banken im Wege der Kreditschöpfung zur Verfügung gestellten Beträgen für Investitionen Gebrauch zu machen willens und in der Lage ist, solange wird ein ununterbrochener Strom von Einkommen, die für Verbrauch und Investitionen ausgegeben werden, sich selbst im Stadium der Vollbeschäftigung aufrechterhalten. Unter diesen Bedingungen kann man sagen, daß weder die Besteuerung noch die Staatsausgaben die Wirtschaft in irgendeiner entscheidenden Weise beeinflussen. Gegenwärtig würde weder eine Erhöhung noch eine Kürzung des Staatshaushaltes um — sagen wir — 20 Mrd. die Entwicklungstendenzen in Produktionshöhe, Beschäftigung und Preisbewegungen bedeutend beeinflussen. Andererseits können sich konjunkturelle Situationen ergeben, in denen Staatsausgaben die Wirtschaft wieder in Gang bringen können, wenn sich die Drohung einer Depression abzeichnet.

Es gibt zwei Probleme, die trotz dieses günstigen Gesamtbildes der amerikanischen Wirtschaft noch nicht befriedigend gelöst sind. Ich meine die hohe Steuer-

<sup>21)</sup> Die durchschnittlichen Industriearbeiterlöhne z. B. stiegen von 2800 \$ im Jahre 1947 auf 4600 \$ im Jahre 1956 oder um zwei Drittel. Wenn man die Preissteigerungen der Verbrauchsgüter während dieser Zeit berücksichtigt, die 18 % betragen haben, beträgt die Erhöhung der Reallöhne immer noch 40 %. Diese Lohn-erhöhungen erklären den Boom in Konsumausgaben, der hauptsächlich von den Familien mit Einkommen zwischen 4000 und 10 000 \$ pro Jahr getragen wurde.

belastung des Mittelstandes und die dauernden unaufhaltsamen Preissteigerungen, die sich besonders in den letzten achtzehn Monaten ergeben haben. Was die Steuerlast anbetrifft, so sollte sich der Kongreß ernsthaft überlegen, ob in Amerika nicht eine Umsatzsteuer nach dem Vorbild des westdeutschen Steuersystems eingeführt werden sollte, aus der die Steuermittel aufgebracht werden könnten, die eine Senkung der persönlichen Einkommensteuern ermöglichen würden. Was die Preise betrifft, darf man sich einfach nicht damit abfinden, daß der Trend nicht umkehrbar sei: Die Lagerhaltung steigt ununterbrochen, und die Rohstoffpreise sinken. Nichtsdestoweniger haben die letzten Erhöhungen der Verbraucherpreise den Anstieg der Nominaleinkommen nur zur Hälfte zu einem Anstieg der Realeinkommen werden lassen: Statt 6 % betrug der Zuwachs real gemessen nur 3 %.

Die Hauptgründe für die Preissteigerungen sind die Tatsache, daß die Verbraucher zu reichlich mit Kaufkraft ausgestattet sind, das traditionell leichtsinnige amerikanische Verbrauchsverhalten und die Nachfrage nach Gütern und Arbeit für Investitionszwecke und für Staatsaufgaben. Man darf auch nicht übersehen, daß der dauernde Anstieg der Ausgaben von den Staaten und Gemeinden ebenfalls vorangetrieben wird, deren Ausgaben zusammengekommen dem Verteidigungshaushalt entsprechen. Gleichzeitig muß die Aufbringung dieser Beträge durch Erhebung von Steuern dazu führen, daß das Kostenniveau in der Wirtschaft als Ganzes angehoben wird. Ein ausgleichender Faktor, der sich zwar erst in der ferneren Zukunft auswirken wird, ist der Ausstoß an Gütern, die in den neuen Produktionsanlagen, für die in den letzten zehn Jahren 250 Mrd. \$ ausgegeben worden sind, wirtschaftlicher hergestellt werden können.

Wenn die öffentlichen Ausgaben auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden könnten, während die Wirtschaft weiter expandiert, könnte sich eine Entspannung der Preislage ergeben. Eine Änderung der Verfahrensweise im Farmer-Hilfsprogramm könnte die Steigerung der Lebensmittelpreise verringern oder aufhalten, eine Importsteigerung könnte einige industrielle Erzeugerpreise senken, wenn man gesundem Wettbewerb die Tür öffnet. Letztlich wird die Preiskontrolle aber vom Konsumenten ausgeübt, dem es frei steht, seine persönlichen Ersparnisse zu vergrößern und dadurch die Nachfrage einzuschränken. Solche erhöhten Ersparnisse würden darüber hinaus der Wirtschaftsentwicklung dienen, da sie für Investitionszwecke zur Verfügung stünden. Steuerbegünstigung des Sparens, wie sie in Westdeutschland durchgeführt wird, könnte bei der Erreichung dieses Zieles von großer Bedeutung sein und gleichzeitig dem Mittelstand eine gewisse Erleichterung bringen.<sup>22)</sup>

<sup>22)</sup> Gabriel Hauge, der persönliche Wirtschaftsberater des Präsidenten, schlug kürzlich steuerliche Maßnahmen zur Begünstigung der privaten Spartätigkeit vor. Siehe: New York Herald Tribune, 12. 3. 1957.

**Summary:** How burdensome is Defense Spending for the Economy of the United States? — The author compares the defense expenditures of the USA with the gross national product, the Federal budget and the productive capacity of that country. He at first points out that the present tax demand is no excessive burden for the economy. He then examines what share of the Federal budget is spent for security purposes and describes the composition of the defense budget. He finds that the armed forces of the USA at present are in a period of structural change and that defense spending might be reduced after this period, the state of preparedness remaining the same. When the tax burden for the single tax payer is discussed, it is found that the fact that Federal taxes are in the main income taxes makes the burden felt heavier. The author proposes that a turnover tax be introduced, which would make possible a considerable reduction of income taxes especially of the medium income brackets. He refers to the German tax system. In a following section the author examines the effects of defense spending on the economy of the USA and points out that only very few concerns are working exclusively for the armed forces (missiles etc.) and that, in the whole, military orders account for only a small part of the turnover of industry. Especially he draws attention to the fact that according to 1945/46 and 1950 experiences, an adaptation of the American economy to much higher but also to much lower defense requirements would at any time be possible without difficulties. Concluding the author expresses the opinion that in spite of high defense spending the private sector of the economy never has grown faster than during the last decade, that real wages have been increasing by a considerable margin throughout this period and that the moderate inflationary tendency cannot be attributed to the defense budget alone.

**Résumé:** Dépenses militaires — fardeau pour l'économie des Etats-Unis? — D'une analyse comparée des dépenses pour la défense nationale, du produit national brut, du budget de l'Etat et de la capacité de production l'auteur conclut que les charges fiscales, dans leur ensemble, ne représentent pas un fardeau excessif, pour l'économie nationale. Il examine ensuite la quote-part des dépenses militaires aux dépenses publiques et analyse la structure du budget de la défense nationale. Il constate que les forces armées des Etats-Unis sont actuellement en train, d'être réorganisées, de façon à rendre probable une réduction des dépenses, toutefois sans porter atteinte à la valeur combattive de l'armée. D'une analyse des charges fiscales pour le contribuable individuel l'auteur conclut que c'est la composition des impôts octroyés par le Gouvernement fédéral — en partie majeure impôts sur les revenus — qui fait paraître les charges fiscales plus lourdes. L'auteur propose l'introduction d'une taxe sur les chiffres d'affaires qui permettrait d'alléger les charges fiscales surtout des groupes aux revenus moyens. C'est sous ce rapport que l'auteur cite le système fiscal allemand. Dans son analyse des répercussions des dépenses militaires sur l'économie des Etats-Unis l'auteur constate qu'un très petit nombre d'entreprises seulement travaille exclusivement pour le secteur militaire (fusées etc.) et que, d'autre part, les commandements militaires représentent seulement une part infime du chiffre d'affaires réalisé par l'économie nationale. Selon l'auteur les expériences faites en 1945/46 et en 1950 prouvent qu'il serait possible, d'un instant à l'autre et sans heurt, de transformer l'économie américaine dans la direction soit d'une augmentation, soit d'une réduction des efforts militaires. L'auteur arrive à la conclusion que le secteur de l'économie privée n'a jamais connu une expansion aussi rapide que pendant la dernière décennie, donc malgré les dépenses militaires onéreuses. L'auteur souligne l'augmentation importante des salaires réels et refute l'argumentation disant que la menace légère d'une inflation est la conséquence des dépenses militaires.

**Resumen:** En qué grado recargan los gastos de defensa la economía americana? El autor compara los gastos de defensa de los EE.UU. con el producto nacional bruto, el presupuesto nacional y la capacidad productora de aquel país. El autor comprueba que la carga tributaria en su totalidad no constituye ninguna carga excesiva para la economía. Examina a continuación la proporción de los gastos de defensa en los gastos del Estado y describe la estructura del presupuesto de defensa, comprobando que las fuerzas armadas de los EE.UU. en la actualidad se encuentran en un período del rearmamento y que los gastos de defensa, después de terminar este rearmamento con igual estado de prevención, podrían ser reducidos. De la carga tributaria de cada un contribuyente se desprende que debido al hecho de que los tributos federales principalmente consisten en impuestos directos, el gravamen parece más pesado. El autor propone la introducción de un impuesto a las compraventas, lo que permitiría aligerar la carga directa, principalmente con respecto de las clases medias. Con esto el autor se refiere al sistema tributario alemán. Más adelante el autor examina los efectos de los gastos de defensa en la economía de los EE.UU. y comprueba que solamente pocas empresas trabajan exclusivamente para las fuerzas armadas (cohetes, etc.) y que por otra parte los encargos de defensa solamente constituyen una proporción muy reducida en las compraventas realizadas por la economía del país. Las experiencias de los años 1945/46 y 1950 prueban que un cambio en la economía americana, más o menos requerido por la defensa, podría ser efectuado sin dificultades algunas. Resumiendo el autor llega a la conclusión de que a pesar de los altos gastos para la defensa, el sector privado de la economía no ha crecido nunca más de prisa que en la última década, que los sueldos reales han subido considerablemente y que la ligera amenaza de inflación no puede ser atribuida a los gastos de defensa.